

Neueste Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neueste-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabebureau ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Postpflichtig zuzuschlagen. Schluss der Abrechnung: jeden 15ten Vormittags.

Die Abrechnung werden nach Folgendem berechnet: 476 Zeilen 0.21 Goldmark. Derzeitige: Neue Druckmaschine 16 und 60. Druckmaschinen 17, 20erlei: Gesamtsumme 7421. Druckmaschinen: „Gesellschaft Halle'sche“, Druckmaschinen: Karlheinz Reimold, Halle a. S. 2. Postfach-Nr. 2211. Verlagsort u. Verlagsort: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die ersten beiden Tage der militärischen Abschlusskontrollen der Entente in Deutschland sind ohne Zwischenfälle verlaufen.

Wie erst jetzt bekannt wird, sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem französischen Flugplatz, Lezard-Spiederdorf in der Pfalz drei französische Flugzeuge abgestürzt. Eines davon stürzte auf die große Flugzeughalle, die in Brand geriet und völlig niederbrannte.

In Genf wurde der seit langem verfolgte kommunistische Besatzungsplan und schäbische Landansatzbeschlüsse Karl Beier verurteilt. Er hatte sich schon monatelang im Ruhrgebiet unter dem falschen Namen Pfeffer herumgetrieben und fälschlich in der kommunistischen Agitation betätigt.

Die französische Regierung hat sich, wie der „Matin“ erzählt, unter dem Druck der amerikanischen Forderungen entschlossen, sich mit 5 Proz. d. h. mit einem Betrage von 40 Millionen Goldmark oder 2 Millionen Pfund an der Auslegung der 800-Millionen-Anleihe zu beteiligen.

Mag. Testa, der Vertreter des Heiligen Stuhles in Rom, welcher kürzlich im Saargebiet weilte, wird einem Betrage von 40 Millionen Goldmark als erledigt gilt, nach Rom zurückgekehrt.

Der Schnellzug von Genua nach Rom ist in einem aus Rom kommenden Zug hineingefahren. Vorlaufend wurde Verwundete, davon zwei schwerverletzte, gemeldet.

Im schiffsärztlichen Büro von Florenz wurde am Sonntag eine Handgranate, wodurch fünf Personen getötet und zehn verwundet wurden.

Ein römischer Berichterstatter des „Pavler“ macht aufschreckende Mitteilungen über eine bevorstehende Zusammenziehung kommunistischer Organisationen in Rom, die an den Gegnern des Faschismus blutige Verzelelung über werden. Die Nationalistische WZ habe Befehl erhalten, am 20. und 21. September 25 000 Mann in Rom und Umgebung zu konzentrieren.

Der gegen fünf evangelische Pfarrer von den litauischen Behörden im Nemengebiet verhängte Verbot der Predigt hat auf deutsche Vorstellungen eine Änderung dahin erfahren, daß die Ausweisung der Pfarrer verboten und auch die Zurückgenommen und bezüglich der anderen die Durchführung vorläufig hinstellt worden ist.

Am Dienstag entsagte auf der Straße Gredno-Wina bei Oliniki hart an der litauischen Grenze ein mit Militär besetzter polnischer Panzerzug. Hierbei wurden zwei Soldaten getötet und 13 verletzt.

In ganz Polen sind etwa zwölftausend Kommunisten wegen antilithauischer Propaganda hinter Gitter und Kessel gesetzt worden. In Łódź wurden neuerdings dreißig Kommunisten verhaftet.

Die ungarische Regierung hat sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß der verhaftete Deutsche tatsächlich der Erzbergermörder Heinrich Edel ist. Man erwartet, daß das Ministerium-Verfahren vor Ablauf der vorgeschriebenen sechs Wochen erledigt sein wird.

Nach Berichten aus Afghanistan haben zwei blutige Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen im Khost-Gebiet stattgefunden. In dem ersten Gefecht sollen die Aufständischen 800 Tote, im zweiten 500 Tote verloren haben.

Die japanische Regierung sendet eine Mission nach Mexiko und den südamerikanischen Republiken, um eine erste Untersuchung der Einwanderungsmöglichkeit in die dortigen Länder zu veranlassen. Es heißt, daß die Sowjet-Regierung der japanischen Anwesenheit in Sibirien widersteht.

Die neue Probefahrt des „Z. R. III“ muß verfallen werden, da ungenügende Windverhältnisse eingetreten sind. Geplant sind in dieser Woche noch zwei bis drei weitere Probefahrten. Ende dieser Woche soll dann der große Probelauf beginnen. In der nächsten Woche wird dann das Luftschiff seine Amerikafahrt antreten.

Der Krieg in China.

Es ist wirklich kein Vergnügen, sich all das fischig und fischig der chinesischen Namen zu merken, und es ist zum Verständnis der Vorgänge in China auch nicht nötig, am Grunde genügen zwei Namen vollständig: General Wupeifu in Peking und General Lichanglin in Nanking. Der erprobte Militärkommandeur Zentralchinas, das zwei Drittel des Landes umfaßt, hat andere Militärgouverneur der Mandchurei. Sie beide sind die eigentlichen Machthaber in China und miteinander verfeindet. Die bisherigen Kämpfe waren lediglich Luftrauf, erst jetzt sind die beiden Hauptkämpfer gegenüber auf den Plan getreten. Damit haben sich denn auch die Kampfzonen und die Kampfbedeutung sehr erweitert. Es geht letzten Endes darum, wer von den beiden Großen Herr über China sein soll.

So denken wenigstens die zwei großen Generale und ihr Anhang von kleineren Militärgouverneuren.

Die Westmächte denken anders: für sie ist der Krieg eine Gelegenheit zur Aufteilung Chinas.

Die Sowjet-Regierung vermutet, daß in London ein Geheimabkommen getroffen worden ist, nach dem Sibirien an England abgetreten werden soll. Frankreich würde die Provinz Szechuan, Japan die Mandchurei, Amerika Nordchina erhalten.

Aus London wird folgendes gemeldet: Jeder der kriegführenden Gouverneure ist letzten Endes der Exponent einer ausländischen Macht. Man fürchtet sich offenbar davor, dem benachbarten Japan eine Möglichkeit zur direkten Einnahme in die innere Politik Chinas zu geben, weil Japan allen anderen Großmächten an greifbaren Machtmitteln überlegen ist. Besonders scheint man allgemein zu befürchten, daß Lichanglin sich mit der Japanern zusammenarbeiten wird.

Russland bereitet schon eine Note vor, die sich einerseits gegen Japan, andererseits gegen die

Truppenlandungen der übrigen Weltmächte richten soll.

Andererseits planen die Ententemächte eine Chinaoffensive, um sich über die gegenseitigen Interessen zu verständigen. Auch haben sie eine neue Note an China geschickt, in der sie die Errichtung einer neutralen Zone bei Schanghai auf Schulte der Großen fordern. Nach solchen einseitigen Vorgehen hat die Peking-Regierung (Wupeifu) die Forderung abgelehnt, angeblich auf russische Beauftragung.

Da die Kämpfe in nächster Nähe von Schanghai stattfinden, ist es der Peking-Regierung auch wirklich nicht gut möglich, die neutrale Zone zu schaffen. Die Forderung ist denn auch wohl nur gelockt, um den erwünschten Grund zur weiteren Einnahme zu haben.

Am kürzesten scheinen die Franzosen zu sein: Sie haben das ganze Chinesenrevier Schanghai, also auf deutsch so ziemlich die ganze Millionenstadt, mit Stacheldrahtverbänden abgesperrt. Ob sie wieder aus den Verbänden herausgehen?

Das Gesamtbild ist also: zwei Generale, der eine (Wupeifu) mit Russland, der andere (Lichanglin) mit Japan verbunden, sind, ohne es zu wollen, Träger des alten Machtkampfes Russland-Japan geworden. Und die Westmächte mitten dazwischen, um das reiche Land möglichst beiden Hauptinteressen entgegenzunehmen und sich selbst anzueignen. Das das Land den Chinesen selber genommen werden soll, darüber scheinen sich die Westmächte alle einig zu sein, und das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, Freiheit, Friede und all die schönen demokratischen Betsprüche werden wieder einmal zu den Akten gelegt. Bei den weit unerschöpflichen Interessenkonflikten zwischen den Großmächten kann niemand wissen, ob der Krieg in China nicht zu einem Krieg um China wird.

Der Genf in Genf.

Das Geschwätz nimmt überhand.

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ (Erfurt) schreibt:

Unsere Schriftleitung wird sich nächster Tage einen neuen Papierkorb anschaffen müssen; der jetzige genügt nicht mehr. Die Neben der Londoner Konferenz beantragen ein Vorgehen zu gleichen die Völkerverbundung aber ist in einem Vollenbruch des Geschwätzes auseinander! Wir verzichten daher im bedauerlichen Interesse — dem des Lesers und dem der Schriftleitung — auf die auch nur ausgemessene Wiedergabe dieser Neben, die „Selbstwut“ zu sein scheinen. Nachdem wir wissen, was Macdonald und Herrriot wollen bzw. nicht wollen, haben die Ausführungen der zweiten und dritten Nebenartikeln nur für die Neben selbst Wert, die sich wohl gerne predigen hören und oedrudt sehen. Das Ergebnis von Genf dürfte Null, Komma nicht werden. Der gelante Beratungskreis der Völkerbundes

geht in Kommunion unter!

Man glaubt ein politisches Wohlstand zu lesen, wenn man nachlebende Meldung über die oedrtige Tätigkeit der Delegierten liest: Die Kommissionen für das Subjekt, für Finanzstelle, soziale und Garantiefragen und die Abrüstungskommission traten zusammen. Die Budgetkommission bildete eine Reihe Unterkommissionen. Das Subjektinteresse beanspruchte die Abrüstungskommission. Die wichtigste Aufgabe dieser Kommission ist das Studium des Garantiefalles. Es sollen drei Unterkommissionen gebildet werden. Politisch (Griechenland) machte den Vorschlag, eine weitere Kommission zu ernennen, die eine übersichtliche Zusammenfassung der Antworten der Regierungen zur Abrüstungs- und Garantiefrage ausarbeiten soll.

Dahin müßten wir beantragen, eine Kommission zu ernennen, die eine übersichtliche Zusammenfassung der Kommissionen aus-erleitet. Herrriot, der mit seinen Genf-Reden seine „Aufgabe für erledigt“ hält, hat gestern in Paris der Erwartung Ausdruck gegeben, daß nach ungefähr drei Wochen die Kommissionen des Völkerbundes einen Text ausgearbeitet haben werden, der von dem Bund unterschrieben angenommen werden wird. Darauf werden die Regierungen den Text beraten.

Nun denn, viel Vergnügen! Der deutschen Regierung oder kann man gar nicht genug Neid und fröhliche Raublustigkeit antan!

Die Genfer Verhandlungen am Dienstag entsprechen in vollem Umfang den vorhergehenden Werturteil. Der unarische Vertreter hielt eine flammende Ansprache gegen den Militarismus der kleinen Entente. Das Nichts-wissen und die Unfähigkeit wurden betonen und, wie üblich, Kommissionsberatungen überließen.

Amerika und das Schiedsgericht.

In Washington erklärte eine dem Präsidenten Coolidge sehr nahelebende Persönlichkeit u. a.: Die Abrüstung zu Lande sei eine ausgesprochene europäische und nicht eine amerikanische Frage. Der Präsident hoffe, daß eine neue Konferenz in Washington für die Einschränkung der U-Boote, Flugzeuge und Giftgas zustande kommen werde, vielleicht aus den Beratungen anderer Gegenstände heraus. Weiter erklärte die Persönlichkeit, die Vereinigten Staaten seien immer für die schiedsgerichtliche Lösung internationaler Streitigkeiten geneigt.

Anders würde es anständiger sein, zu behaupten, daß Amerika niemals in irgendeiner Frage, die seine nationalen Interessen oder seine Sicherheit berührt hätte, auf schiedsgerichtliche Entscheidung aus gewesen sei, und es wäre zweifelhaft, daß es eine solche Frage jemals einem Schiedsgericht unterbreiten werde.

Die Amerikaner glauben an den Grundtat des Schiedsgerichts und wünschen den Frieden zu erreichen, und sie können daher Macdonalds Vorschlag sympathisch gegenüberstehen, aber man dürfe wohl fragen, ob diese Bereitschaft ein praktisches Staatsmanes oder eines Idealisten seien, und ob irgendeine Nation bereitwillig sein würde, einen Plan anzunehmen, der nationale Interessen gefährde.

Die Ansicht der Völkerbundsmitglieder, selbst eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, obwohl Coolidge eine dahingehende Ansicht ausgelegt, hat in Washington einen unangenehmen Eindruck gemacht. Macdonald hat in Genf Herrriot umlohn bringend vorgeleitet, wie wünschenswert es wäre, Coolidge die Initiative zu überlassen.

Das Ende der Zollkontrolle.

Die Nachrichten aus dem ganzen besetzten Gebiet ergeben, daß tatsächlich in der Nacht zum Dienstag die Zollkontrolle allgemein eingestellt wurde. Auf den einzelnen Grenzabzweigen sind die Zollposten zurückgezogen worden. Im wesentlichen ist das Personal in den französischen Zollämtern schon in den letzten Tagen abgebaut worden. Auch im Personenverkehr ist die Kontrolle des Gepäcks eingestellt worden, so daß die Militärposten nur noch den deutschen Ausweis der Reisenden kontrollieren.

Karlsruhe, 9. September. Wie in Mannheim, so wurde auch in Karlsruhe am heutigen Tage die Zollkontrolle im Rheinhafen eingestellt. Der Warenverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet ist im allgemeinen sofort. Der Verkehr in Waren, die für das deutsche Zollausland (wie z. B. England, Belgien usw.) bestimmt sind, wird erst am 20. September sofort.

Der „Umsfall“ und die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten können sich nicht nennenswert mit ihrem Gelehr über den „Umsfall“ der Deutschnationalen. — weil er ihre Hoffnungen auf Neuwahlen zerstört hat. Dabei war dieser „Umsfall“ angeblich der Drohung des Reichspräsidenten, den Reichstag aufzulösen, einleisch eine Staatsnotwendigkeit, der sich die Deutschnationalen nicht widersetzen konnten.

Der Wahlkampf hätte die Wirtschaftskrise in unübersehbarer Weise verschärft, die Sozialisten hätten bei jeder weiteren Verschärfung den gefährlichsten Vorkerz erklärt. „Daran ist die Ablehnung des Londoner Abkommens schuld“, und das Ergebnis wäre gewesen, daß man drei Monate verloren und hat der „Mehrheit eine Neuwahlbereitschaft für die Annahme gewonnen hätte — und eine sozialistische Regierung dazu. Der sozialistische Herr Reichspräsident mußte recht auf, weshalb er mit der „Umsfall“-Drohung so sehr auf den Boden der Sozialisten

Ob die Deutschnationalen oder eine sonstige Partei Stimmen verloren oder gewonnen, war nicht entscheidend, sondern die Tatsache, daß die Karole: „Gegen das Londoner Abkommen“ im Wahlkampf keinerlei Aussicht auf Sieg gehabt hätte. Eine Schlacht aber, die nicht zu gewinnen ist, schlägt man nicht.

Die Deutschnationalen haben nichts anderes getan, als sich dieser Selbstverleumdung zu fügen. Aber die Sozialdemokraten hatten wirklich nicht so laut rufen: Sie lie vor allen anderen sind daran schuld, daß die einia richtige Politik der gegenständlichen Schuldentilgung der europäischen Staaten nicht möglich war, und sind schuld an all dem Elend, das die kapitalistische Weltanschauung und der Davesplan über uns alle und vor allem über die deutschen Arbeiter bringen wird.

Von „Umsfall“ aber sollten sie ganz und gar schweigen. Denn sie waren bereit, sich, angeblich einia richtige Annahmepolitik ins Gegenteil zu verkehren, falls den Deutschnationalen der Eintritt in die Regierung ausgesetzt würde. Und diesen Umsfall hätten sie mit keinerlei Staatsnotwendigkeit begründen können. Die Annahme oder Ablehnung des Glid der Umwälz des Volkes, der Arbeiter, das war ihnen aus gleich. Wenn nur die Partei mit ihren Futtertriefen erhalten blieb. Noch nie hat die deutsche Sozialdemokratie sich so unverzüglich als rüchschloher Ausbeuter des deutschen Volkes gezeigt. Da sie aber nicht ioniel vor „Umsfall“ rebot, seien wir einmal unanständig nur drei eigenen Umsfälle vor Augen geführt, die in Verbindung mit dem Letzten, den die Deutschnationalen zum Wohl des Volkes zu verbinden wußten, so recht deutlich zeigt, wie diese Partei, die sich berufen glaubte, die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen, von Stufe zu Stufe herabgesunken ist. Bis sie jetzt eine erbärmliche Verzelelung des amerikanischen Erbschaftsplanes, Morgens und seiner „Genossen“ geworden ist:

Am 10. Mai 1919 brachte der „Borwärts“ anerkennend des drohenden Friedensvertrages von Versailles einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Verbreiten oder aus dem Fenster bringen?“ und weiter:

„Dieser Vertrag verflucht das deutsche Volk, er raubt es bis auf Letzte aus, er nimmt ihm alle Hilfsmittel zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft, er macht vor allen Dingen auch den deutschen Arbeiter auf Jahrzehnte zum rechtlosen Sklaven der gegen uns verbündeten Welt.“

Und der „röste Staatsmann aller Zeiten“, Scheidemann, sprach das bekannte Wort: „Die Dard soll verdorren die diesen Friedensvertrag unterschreibt.“ Was den Hermann Müller nicht abhielt, nach ein paar Wochen in Versailles den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Umsfall Nr. 2. Im Februar 1921 heilte der Völkerrund des Londoner Ultimatum an Deutschland. Da erklärte der ehemalige Außenminister und Reichskanzler Hermann Müller: Es wird sich in Deutschland keine Regierung finden, die das Ultimatum unterschreibt. Der sozialdemokratische Völkerrund meinte: Gemeinlich ist es richtig, gleichfalls einen Anruf an die Arbeiter der Welt, worin er sagte, daß die Erfüllung dieses Ultimatus für die deutschen Arbeiter die Verklärung auf 40 Jahre bedeutet, daß ihnen, ihren Kindern und Kindeskindern alle Lebensfreude dadurch abgenommen würde. Noch am 7. Mai 1921 änderte derselbe Gemeinlich seinen Telegamm, änderte Inhalts an den Internationalen Gemeinlichschäftsplan — und fünf Tage später, am 11. Mai 1921 stimmten diebeiben Gemeinlichschäftsplan im Reichstage mit Hermann Müller zusammen für die Annahme des Londoner Ultimatus.

Umsfall Nr. 3. Auf dieser letzten Bahn ging es immer weiter. Am 20. November 1921 schrieb der „Borwärts“ über das System Weizsäcker:

